



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Runter vom Bremspedal! Für Bildungsgerechtigkeit mit voller Kraft beim Startchancen-Programm durchstarten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bereits zum Schuljahr 2024/2025 die möglichen 580 Schulen für das Startchancen-Programm auszuwählen und somit die komplette Anzahl an Schulen von Beginn an vom Programm profitieren zu lassen, nicht nur 100 wie bisher geplant.

Begründung:

Mit dem Startchancen-Programm bringt die Ampel-Koalition das bisher größte Bund-Länder-Projekt für mehr Bildungsgerechtigkeit auf den Weg. Damit wird ein bündnisgrünes Projekt umgesetzt. Der Bund investiert in den kommenden zehn Jahren 10 Mrd. Euro gezielt in etwa 4 000 Schulen in besonders herausfordernden Lagen in ganz Deutschland. Bayern allein bekommt insgesamt über 1,4 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahre vom Bund. Davon können in Bayern 580 Schulen profitieren. Mit dem Programm werden die Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler an den geförderten Schulen deutlich verbessert. Gerade Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien und bildungsfernen Haushalten werden mit dem Programm erreicht. Das Programm besteht aus drei Säulen: zusätzliche Mittel für multiprofessionelle Teams, insbesondere für die Schulsozialarbeit, einem frei verfügbaren Chancenbudget für die Schul- und Unterrichtsentwicklung und einem Investitionsprogramm für eine förderliche und nachhaltige Lernumgebung.

Die Staatsregierung plant allerdings im ersten Jahr des Startchancen-Programms nur 100 Schulen, statt gleich 580 daran teilnehmen zu lassen. Das bedeutet für 480 Schulen, die das Geld dringend für die Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler brauchen, dass sie ein Jahr länger warten müssen. Gerade für die Kinder, die so dringend eine Förderung ihrer Basiskompetenzen bräuchten, ist das ein verlorenes Jahr. Das ist nicht hinnehmbar.

Zudem sind die verfügbaren Bundesmittel dafür vorgesehen, sofortige Investitionen in Schulen zu fördern. Eine Verzögerung der Verwendung dieser Mittel durch die geringere Anzahl teilnehmender Schulen führt zu einer ineffizienten Nutzung von Ressourcen und einer zeitlichen Verschiebung dringend benötigter Investitionen in Bildungseinrichtungen. Eine frühe Einbindung einer größeren Anzahl von Schulen hätte einen größeren und nachhaltigeren Einfluss auf die Bildungsgerechtigkeit und die Verringerung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. So wie die Staatsregierung den Programmstart handhabt, gefährdet sie die langfristigen Ziele des Programms.